

CVP Basel-Landschaft, 4410 Liestal

Herr Regierungsrat  
Isaac Reber  
Sicherheitsdirektion  
Rathausstrasse 2  
Postfach  
4410 Liestal

Liestal, 25. November 2011

**Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats (Landratsgesetz) und der Geschäftsordnung des Landrates**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit in oben angeführter Sache Stellung zu nehmen und antworten gerne wie folgt:

Einleitend stellen wir fest, dass mit dieser Vorlage dem Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 2008/039 in diesem Sinne Rechnung getragen wird, dass einerseits die Führungsebene des Parlamentes gestärkt wird, indem das Büro und die Ratskonferenz zusammengelegt werden und ein zweites Vizepräsidium geschaffen wird und andererseits die verschiedenen Instrumente des parlamentarischen Handels geprüft, überarbeitet und gestrafft wurden. Das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung und es freut uns, dass sich die Intervention unserer Fraktion diesbezüglich gelohnt hat.

In Anbetracht der finanziellen Situation des Kantons ist es für uns nachvollziehbar, dass auf einen eigenen Parlamentsdienst verzichtet werden soll, obwohl eine Entflechtung der Parlamentsdienste die Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung zusätzlich stärken würde.

Bei der Zusammenlegung des Büros mit der Ratskonferenz zur Geschäftsleitung wurde die Organisation des Wahlbüros und Stimmzählung im Landrat vergessen

Die in der Vorlage aufgeführten 10 Thesen betreffend optimale Ausgestaltung der parlamentarischen Kontrolle sind für uns nachvollziehbar. Wir können uns auch mit den vorgeschlagenen Massnahmen für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Regierung bzw. der Verwaltung einverstanden erklären.

Die Rückweisung der Vorlage über die Genehmigung des Leistungsauftrags und Globalbeitrags 2012 – 2014 für die FHNW zeigt, dass der Handlungsbedarf in diesem Bereich grösser ist, als in der Vorlage vorgeschlagen. Gerade bei partnerschaftlichen Geschäften fehlt der koordinierte und frühzeitige Einbezug der Parlamente. Mit der am 1. Januar 2012 in Kraft tretenden und vom Landrat am 3. November 2011 verabschiedeten überarbeitete Behördenvereinbarung ist zwar ein wichtiger Meilenstein für eine verbesserte Zusammenarbeit gelegt worden, wir gehen aber davon aus, dass die bestehenden und die vorgeschlagenen Regelungen noch nicht ausreichend sind.

In Bezug auf sämtliche übrige Änderungen im Rahmen dieser Vorlage erklären wir uns einverstanden und danken der Regierung für die wohlwollende Aufnahme der verschiedensten parlamentarischen Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Simon Oberbeck', with a stylized flourish at the end.

Simon Oberbeck  
*Geschäftsführer CVP Basel-Landschaft*

*Diese Vernehmlassungsantwort wurde von Christine Gorrengourt, Landrätin, Ettingen verfasst.*